

# Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	23
Grundlagen	29
§ 1 Einleitung	29
Erster Teil: Das sprachliche Egalitätsprinzip in der europäischen Methodenlehre	41
§ 2 Methodologie und Unionsrecht	43
§ 3 Eckpfeiler einer europäischen Methodenlehre	55
§ 4 Das Sprachenrecht der Europäischen Union	65
§ 5 Rechtsschutzmöglichkeiten bei Verstößen gegen das EU-Sprachenrecht	104
§ 6 Sprachenpolitik der Europäischen Union	123
§ 7 Das sprachliche Egalitätsprinzip im europäischen Auslegungskanon	138
§ 8 Zusammenfassung	155
Zweiter Teil: Der Umgang mit dem sprachlichen Egalitätsprinzip	157
§ 9 Rechtsprechungsanalyse	158
§ 10 Das Auffinden von Textdivergenzen: Der Sprachvergleich	168
§ 11 Methodischer Umgang mit den einzelnen Sprachfassungen: Fallgruppenbildung	221
§ 12 Methodischer Umgang mit übereinstimmenden Fassungen	239
§ 13 Methodischer Umgang mit Sprachdivergenzen	246
§ 14 Methodischer Umgang mit Rechtsdivergenzen	323
§ 15 Ergebnisse der empirischen Untersuchung	330

Dritter Teil: Die Bewältigung der Mehrsprachigkeit im Europa der 28	353
§ 16 Das Entstehen von Textdivergenzen: Der Prozess mehrsprachiger Rechtsschöpfung	354
§ 17 Anforderungen an eine europäische Methodenlehre	390
§ 18 Methodologisch gebotener Umgang mit Textdivergenzen bei der Auslegung und Anwendung des Unionsrechts	400
§ 19 Reflexion über eine Reform des EU-Sprachenrechts	475
Zusammenfassung und Thesen	531
§ 20 Zum praktizierten methodologischen Umgang mit dem mehrsprachig verbindlichen Unionsrecht	531
§ 21 Thesen zur Bewältigung der Mehrsprachigkeit im Europa der 28	535
§ 22 Fremdsprachliche Zusammenfassungen	541
Literaturverzeichnis	551
Rechtsprechungsverzeichnis	597
Sachverzeichnis	623

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
Grundlagen	29
§ 1 Einleitung	29
A. Gegenstand der Untersuchung	29
B. Stand der Forschung	35
C. Gang der Untersuchung	38
Erster Teil: Das sprachliche Egalitätsprinzip in der europäischen Methodenlehre	41
§ 2 Methodologie und Unionsrecht	43
A. Über Sinn und Grenzen juristischer Methodenlehre	43
B. Die Notwendigkeit einer methodengerechten Norminterpretation im Unionsrecht	47
C. Herleitung methodologisch verbindlicher Vorgaben	50
I. Auslegungsmonopol des Europäischen Gerichtshofs	51
II. Rolle der Wissenschaft	53
§ 3 Eckpfeiler einer europäischen Methodenlehre	55
A. Rechtsgemeinschaft	57
B. Autonome Rechtsordnung	57
C. Supranationalität	58
D. Dynamische Integration	60
E. Lückenhaftigkeit der Rechtsordnung	61
F. Mehrsprachenauthentizität	63
G. Zusammenfassung	64
§ 4 Das Sprachenrecht der Europäischen Union	65
A. Formelles Sprachenrecht	66
I. Vertragssprachenregelung	66
II. Amtssprachenregelung	69
III. Arbeitssprachenregelung und Sprachenpraxis	72
1. Europäisches Parlament	73
2. Rat der Europäischen Union	76

3. Europäische Kommission	76
4. Gerichtshof der Europäischen Union	79
5. Europäische Zentralbank und Rechnungshof	85
6. Nebenorgane und sonstige Institutionen der Europäischen Union	86
B. Materielles Sprachenrecht	88
I. Verankerung der sprachlichen Gleichberechtigung	89
II. Subjektiv-öffentliche Sprachenrechte	91
1. Petitions-, Auskunfts- und Beschwerderecht	95
2. Prozessuale Sprachenrechte als Bestandteil eines fairen Verfahrens	97
3. Diskriminierungsverbote	98
4. Grundrecht auf Gebrauch der eigenen Sprache	100
§ 5 Rechtsschutzmöglichkeiten bei Verstößen gegen das EU-Sprachenrecht	104
A. Verletzung des formellen Sprachenrechts	104
I. Verletzung der Vertragssprachenregelung	105
II. Verletzung der Amtssprachenregelung	105
1. Verordnungen und andere Schriftstücke von allgemeiner Geltung	105
2. Schriftverkehr mit Unionsbürgern und Mitgliedstaaten	110
3. Sonderfall: Öffentliche Auftragsvergabe durch Unionsorgane	117
III. Verletzung der Arbeitssprachenregelung	119
B. Verletzung des materiellen Sprachenrechts	121
§ 6 Sprachenpolitik der Europäischen Union	123
A. Die Herausforderung der Mehrsprachigkeit	124
I. Nachteile der Mehrsprachigkeit	124
II. Vorzüge der Mehrsprachigkeit	125
B. Aktivitäten der Union zur Förderung der Mehrsprachigkeit	128
C. Schutz von Regional- und Minderheitensprachen	132
§ 7 Das sprachliche Egalitätsprinzip im europäischen Auslegungskanon	138
A. Grammatikalisches Auslegungskriterium	139
B. Systematisches Auslegungskriterium	142
C. Teleologisches Auslegungskriterium	143

D. Historisches Auslegungskriterium	146
E. Rechtsvergleichendes Auslegungskriterium	151
F. Hierarchie und Gewichtung der Auslegungskriterien	153
§ 8 Zusammenfassung	155
Zweiter Teil: Der Umgang mit dem sprachlichen Egalitätsprinzip	157
§ 9 Rechtsprechungsanalyse	158
A. Untersuchungsgegenstand	158
B. Untersuchungsmaßstab und -fragen	163
C. Untersuchungsmethode	163
I. Das Herausfiltern des einschlägigen Analysematerials	163
II. Auswertungsmethode	166
III. Abgleich mit früheren Analyseergebnissen	166
§ 10 Das Auffinden von Textdivergenzen: Der Sprachvergleich	168
A. Anspruch: Die Pflicht zum Sprachvergleich	168
I. Uneingeschränkte Vergleichspflicht	168
II. Umfassende Vergleichspflicht	170
B. Der Sprachvergleich in der Praxis	172
I. Quantitative Bedeutung sprachvergleichender Analysen	172
II. Umfang des Sprachvergleichs	174
1. Umfassender Sprachvergleich	174
a) Expliziter Sprachvergleich	174
b) Pauschalierter Sprachvergleich	175
c) Impliziter Sprachvergleich	177
2. Partieller Sprachvergleich	180
III. Auslöser eines Sprachvergleichs	185
1. Verfahrensbeteiligte als Auslöser	185
2. Inhaltliche Auslöser	188
a) Erkennbarkeit durch Zweifel	188
aa) Inhärente Zweifel (einer singulären Sprachfassung)	189
(1) Unklare, unpräzise Sprachfassungen	189
(2) Mehrdeutige Sprachfassungen / Polysemien	191
(3) Uneinheitliche Sprachfassungen	193

(4) Terminologie außerhalb des üblichen Sprachgebrauchs	195
bb) Aus einem Sprachabgleich resultierende Zweifel	195
b) Besondere Entscheidungsrelevanz einzelner Begriffe	196
IV. Weitere potentielle Einflussfaktoren	198
1. Rechtsaktstypen	199
2. Politikfelder	201
V. Beachtung des sprachlichen Egalitätsprinzips beim Sprachvergleich (formelle Betrachtung)	205
1. Hervorgehobene Bedeutung einzelner Sprachfassungen	206
a) Zeitraum vom 1.1.2004 bis 30.4.2004	206
b) Zeitraum vom 1.5.2004 bis 31.12.2006	208
c) Zeitraum vom 1.1.2007 bis 31.12.2008	209
d) Gesamtbetrachtung zur Bedeutung einzelner Sprachfassungen	209
2. Herausgehobene Bedeutung kraft Rolle im Verfahren	211
a) Verfahrenssprache	211
b) Beratungssprache	215
c) Muttersprache der Richter	218
§ 11 Methodischer Umgang mit den einzelnen Sprachfassungen: Fallgruppenbildung	221
A. Sprachliche Ebene	221
I. Textäquivalenzen	221
II. Textdivergenzen	222
1. Auslassungen	222
2. Wendung, Syntax, Grammatik und Interpunktion	223
3. Begriffe	225
a) Sich gegenseitig ausschließende Begriffsinhalte	225
b) Sich überschneidende Begriffshöfe	226
aa) Sprachliche Ebene	227
bb) Rechtliche Ebene	229
III. Übersetzungsfehler	231

B. Differenzierung in methodologischer Hinsicht	233
I. Sprach- und Rechtsdivergenzen	233
II. Begriffs- und Bedeutungsdivergenzen	234
III. Auseinandersetzung mit den Begriffspaaren	234
IV. Zwischenergebnis	238
§ 12 Methodischer Umgang mit übereinstimmenden Fassungen	239
A. Methodisches Vorgehen auf der Wortlautebene	239
B. Die Bedeutung weiterer Interpretationskriterien	242
§ 13 Methodischer Umgang mit Sprachdivergenzen	246
A. Methodisches Vorgehen auf der Wortlautebene	246
I. Anspruch: Die Gleichwertigkeit aller Sprachfassungen	246
II. Herausgehobene Bedeutung einzelner Fassungen	247
1. Maßgeblichkeit der Ursprungsfassungen	248
2. Maßgeblichkeit des Urtextes im Sinne der Übersetzungsgrundlage	249
3. Maßgeblichkeit der Mehrheit der Sprachfassungen	251
4. Maßgeblichkeit des kleinsten gemeinsamen Nenners	256
5. Maßgeblichkeit der deutlichsten, klarsten oder präzisesten Fassung	257
III. Zwischenergebnis	260
B. Die Gewichtung des Wortlautkriteriums	260
I. Der Wortlaut als Ausgangspunkt der Auslegung	261
II. Maßgeblichkeit des Gesamtwortlauts	261
III. Erweiterter Auslegungsspielraum durch Unschärfe des Wortlautkriteriums	263
IV. Abschließende Lösung auf der Wortlautebene?	264
1. Fallgruppe der wesentlich voneinander abweichenden Sprachfassungen	265
2. Fallgruppe der unwesentlich voneinander abweichenden Sprachfassungen	266
3. Fallgruppe der „auch übereinstimmenden“ Sprachfassungen (Polysemien)	268
4. Fallgruppe der übereinstimmenden und zugleich eindeutigen Sprachfassungen	270

V. Konsequenz: Bedeutungsabnahme des Wortlautkriteriums	271
C. Bedeutung weiterer Interpretationskriterien	275
I. Systematisch-teleologische Auslegung – zur Abgrenzung von Systematik und Zweck	276
II. Bedeutung der systematischen Argumentation	278
1. Bezugsgröße: Systematik der Gesamtvorschrift	278
2. Bezugsgröße: <i>acquis communautaire</i>	281
a) Sämtliche Bestimmungen des Unionsrechts	282
b) Aus dem Unionsrecht abgeleitete allgemeine Rechtsgrundsätze	285
c) Rechtsprechung	290
III. Bedeutung der teleologischen Argumentation	293
1. Primat der teleologischen Interpretation	293
2. Zielbestimmung	295
a) Erkenntnisquellen	296
b) Zielkonflikte	298
c) Mehrsprachenauthentizität bei der Quellenanalyse	300
3. Das Gebot der praktischen Wirksamkeit ( <i>effet utile</i> )	301
4. Die Figur der teleologischen Reduktion	305
IV. Bedeutung der historischen Auslegung	306
1. Differenzierte Betrachtung nach primär- und sekundärrechtlichen Rechtsakten	307
2. Die Absicht des Gesetzgebers – Abgrenzung zur teleologischen Auslegung	308
3. Die Bestimmung des Normgebers in einem vielschrittigen und pluralistischen Rechtsetzungsverfahren	310
4. Erkenntnisquellen	311
V. Bedeutung der rechtsvergleichenden Auslegung	316
VI. Hierarchie der Interpretationskriterien	317
1. Keine feste Reihen- oder Rangfolge	317
2. Interdependenzen der einzelnen Interpretationskriterien	319
3. Kumulative Wirkung	319
4. Qualitative Wertigkeit statt quantitativer Auswertung	320



§ 14	Methodischer Umgang mit Rechtsdivergenzen	323
	A. Vorgehensweise auf der Wortlautebene	324
	B. Bedeutung weiterer Interpretationskriterien	327
	C. Konsequenzen für die grammatikalische Auslegung	329
§ 15	Ergebnisse der empirischen Untersuchung	330
	A. Prämissen der Rechtsprechung	330
	B. Ergebnisse der formellen Analyse	331
	C. Ergebnisse der materiellen Urteilsanalyse	335
	I. Fallgruppe der Sprachdivergenzen	336
	II. Fallgruppe der Rechtsdivergenzen	339
	D. Abgleich mit früheren Untersuchungen	340
	E. Zusammenfassung und Stellungnahme	350
Dritter Teil: Die Bewältigung der Mehrsprachigkeit im Europa der 28		353
§ 16	Das Entstehen von Textdivergenzen: Der Prozess mehrsprachiger Rechtsschöpfung	354
	A. Ausarbeitung der Urfassung	354
	I. Kein synchroner multilingualer Redaktionsprozess	354
	II. Qualität der Übersetzungsgrundlage	356
	III. Bewusste Formelkompromisse	359
	B. Übersetzung in alle verbindlichen Amtssprachen	360
	I. Die Sprachendienste der Europäischen Union	360
	II. Grenzen der Übersetzbarkeit	366
	1. Grenzen in linguistischer Hinsicht	367
	2. Systemgebundenheit der Rechtssprache	372
	3. Grenzen der Übersetzungskunst im EU-Kontext	374
	III. Das System von Pivot- und Relaissprachen	378
	C. Ergebnis: Ansatzpunkte für Verbesserungen im Rechtsetzungsprozess	382
	I. Optimierungspotenzial im Redaktionsprozess	382
	II. Optimierungspotenzial im Übersetzungsprozess	386
§ 17	Anforderungen an eine europäische Methodenlehre	390
	A. Methodologische Direktiven	391
	I. Methodenlogik und -stimmigkeit	391
	II. Methodenehrlichkeit	392
	III. Methodentransparenz	393

B. Inhaltliche Direktiven	395
I. Rechtssicherheit	395
II. Rechtsgleichheit	396
C. Ergebnis: Praktikabilitätsanforderung	397
§ 18 Methodologisch gebotener Umgang mit Textdivergenzen bei der Auslegung und Anwendung des Unionsrechts	400
A. Konsequenzen für Funktion und Bedeutung des Wortlauts im Spannungsfeld zwischen dem sprachlichen Egalitätsprinzip und Praktikabilitätsanforderungen	400
I. Wortlaut als Ausgangspunkt und Grenze der Auslegung	401
1. Einzelsprachliche Fassung als Einstieg in den Interpretationsvorgang	401
2. Gesamtwortlaut als Auslegungsgrenze	402
a) Funktion der Wortlautgrenze in Abgrenzung zur Rechtsfortbildung	404
b) Sinnhaftigkeit des Grenzpostulats für die Methodik des Unionsrechts?	411
aa) Äußere Systembildung unvollständig	412
bb) Funktionenteilung statt Gewaltenteilung	414
cc) Faktische Unbestimmbarkeit des Gesamtwortlauts in der Praxis	418
c) Anerkennung der Wortlautgrenze in der Rechtsprechung des Gerichtshofs?	419
d) Zwischenergebnis: Abschied von der Grenzfunktion des Wortlauts im Unionsrecht	424
II. Wortlaut als Auslegungskriterium	428
1. Bedeutungsverlust des Wortlautkriteriums	429
2. Auflösung von Sprachdivergenzen mit Hilfe von Auslegungsregeln?	432
3. Anerkennung von Referenzsprachfassungen?	438
4. Pflicht zum Sprachvergleich unter Praktikabilitätsaspekten	443
B. Konsequenzen für die sonstigen Interpretationskriterien	453
C. Konsequenzen für Unionsbürger	456
I. Pflicht zum Sprachvergleich?	456

II. Schutz des Vertrauens in die eigene landessprachliche Fassung	457
1. „Skoma Lux“: Unterbliebene Publikation in der landessprachlichen Fassung	457
2. „Kommission/Italien“: Mitgliedstaatlicher Sorgfaltsmaßstab	460
3. „Heuschen & Schrouff“: Sorgfaltsmaßstab für Wirtschaftsteilnehmer	462
4. Vertrauensschutz bei Wahrung des Gebots zur einheitlichen Auslegung?	464
D. Zusammenfassung der Ergebnisse	471
§ 19 Reflexion über eine Reform des EU-Sprachenrechts	475
A. Parameter	476
I. Demokratieprinzip	476
II. Transparenzgebot	480
III. Gebot der Rechtssicherheit	482
IV. Gebot der einheitlichen Auslegung des Unionsrechts	486
B. Konsequenzen für eine Neukonzeption des Sprachenregimes	487
I. Außenverhältnis	487
1. Verhältnis zu den Mitgliedstaaten	487
2. Verhältnis zu den Unionsbürgern	491
3. Exkurs: Studie zur Akzeptanz potentieller Entwicklungen des EU-Sprachenrechts	493
II. Interne Kommunikation	495
1. Politische Ebene	495
2. Arbeitsebene	496
a) Rechtliche Zulässigkeit einer Abweichung vom Vollsprachenregime	496
b) Einsprachigkeit versus Mehrsprachigkeit	499
c) Sprachenwahl	509
aa) Höchstzahl an Sprachen unter Praktikabilitätsgesichtspunkten	510
bb) Auswahlkriterien	512
(1) Verbreitungsgrad	512
(2) Beitrag zur europäischen Einigung	514
(3) Repräsentanz der Rechtstraditionen	515

cc) Anwendung der Kriterien auf eine mögliche Arbeitssprachenwahl	516
III. Ausblick: Erhöhung der Sprachenzahl mit weiteren Beitritten	524
C. Zusammenfassung und Ergebnis	525
Zusammenfassung und Thesen	531
§ 20 Zum praktizierten methodologischen Umgang mit dem mehrsprachig verbindlichen Unionsrecht	531
§ 21 Thesen zur Bewältigung der Mehrsprachigkeit im Europa der 28	535
A. Optimierungspotenzial im Rechtsschöpfungsprozess	535
B. Auslegung und Anwendung des mehrsprachig verbindlichen Unionsrechts	537
C. Anpassungen des EU-Sprachenrechts	539
§ 22 Fremdsprachliche Zusammenfassungen	541
A. Abstract	541
B. Résumé	542
C. Síntesis	544
D. Sintesi	546
E. Podsumowanie	548
Literaturverzeichnis	551
Rechtsprechungsverzeichnis	597
Sachverzeichnis	623